

Rede MV

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ein Jahr früher als geplant bewerbe ich mich bei Euch erneut um das Direktmandat im Wahlkreis 42 und um Euer Votum für meine Kandidatur auf der Landesliste.

Die Entscheidung für vorgezogene Neuwahlen war nicht unsere Entscheidung. Wir wissen noch nicht genau, wie der Bundeskanzler die Vertrauensfrage begründen wird aber ich bin sicher, es wird im September vorgezogene Bundestagswahlen geben.

Ein Gutes haben die vorgezogenen Wahlen auf jeden Fall, Bundestagswahlen und Kommunalwahlen fallen nicht zusammen. Wir können mit diesem Bundestagswahlkampf das Fundament für starke Grüne in der Region Hannover legen.

Die Herausforderung, die vor uns liegt, ist für die grüne Partei nicht einfach.

Wir haben nahezu 7 Jahre auf Bundesebene mitregiert, die Bilanz, die wir ziehen ist eine gemischte. Wir waren ein souveräner und stabiler Koalitionspartner, an mancher Stelle hätte ich mir mehr grüne Streitkultur gewünscht.

Viele grüne Ziele konnten wir umsetzen:

Atomausstieg, Energiewende, Ökolandbau, Verbraucherschutz stehen auf der positiven Seite der Bilanz.

Wir haben die Gesellschaft modernisiert: Einwanderung, Integration, gleichgeschlechtliche Partnerschaft sind Themen, die ohne Grüne in der Regierung so nicht umgesetzt worden wären.

Mit Joschka Fischer hat ein Grüner die deutsche Außenpolitik geprägt. Zivile Konfliktregelung und Partnerschaft mit den armen Ländern war der Leitgedanke der Außenpolitik. Vergessen wir nicht, ohne rot-grün wäre Deutschland Beteiligter am Irak-Krieg gewesen.

Wir haben Fehler gemacht, gemessen werden wir auch an dem was wir nicht erreichen konnten. Wir können uns hier nicht aus der Verantwortung ziehen, ich halte hier auch nichts von gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Trotz vielfältiger Reformschritte ist es der rot-grünen Bundesregierung nicht gelungen, die drängenden Probleme zu lösen. Massenarbeitslosigkeit, zu hohe Staatsverschuldung und ungenügendes Wirtschaftswachstum belasten die Menschen in unserem Land.

Es ist ein Klima der Angst vor dem sozialen Abstieg entstanden, die Belastungen sind nicht gerecht verteilt. Wir sind uns alle einig, in der

Steuerpolitik und bei Hartz IV muss es eine Kurskorrektur hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit geben.

Für eine stärkere Förderung von Innovation und Bildung fehlte uns das Geld.

17 Milliarden Euro Subventionsabbau wurden von rot-grün im Bundesrat eingebracht, die Union hat nahezu alle Vorschläge blockiert. Eine gerechtere Steuerpolitik ist ohne Mehrheit im Bundesrat nicht durchsetzbar.

Wir sind in der Regierungsverantwortung Grüne geblieben, auf unseren Parteitagen in Cottbus und Kiel und in zahlreichen Fraktionsanträgen haben wir etwas anderes beschlossen, als am Ende des Vermittlungsverfahrens aus dem Bundesrat herausgekommen ist. 10 Euro Praxisgebühren und viele Härten bei Hartz IV sind durch die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat durchgesetzt worden.

Wenn wir jetzt in unserem Bundestagswahlprogramm deutlich machen, wofür Grüne stehen, lassen wir uns keine mangelnde Glaubwürdigkeit unterstellen. Solidarische Modernisierung und ökologische Verantwortung, genau diese Richtung haben wir immer vertreten. Die reale Politik endet im Kompromiss.

In dieser Bundestagswahl steht jede Partei für sich. Es gibt keine festen Koalitionsaussagen, die Wählerinnen und Wähler bewerten die Inhalte der Parteien, ihre Personen und ihre Glaubwürdigkeit.

Die Wahlen sind nicht morgen, sie sind im September. Wir schlagen die Tür für rot-grün nicht zu. Es muss eine wählbare Reformalternative zur schwarzen Regierung geben.

Wir können auch anders: Grüne sind stark in der Regierung und in der Opposition. Jede Regierungskonstellation ohne Grün braucht eine starke grüne Opposition.

Die Bürgerinnen und Bürger werden bei dieser Wahl darüber entscheiden, welchen Wert grüne Werte haben. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft, die alternativen Lösungsansätze, die zahlreichen Ideen und Projekte, die aus einer aktiven Zivilgesellschaft entstanden sind, gilt es zu verteidigen. Grüne Opposition ist konstruktiv und zukunftsorientiert. Unsere Konzepte entwickeln wir aus der Mitte der Gesellschaft, unsere Gestaltungsstrategien sind so vielfältig wie unsere Ideen.

Eine schwarze Regierung darf nicht zu einer schwarzen Republik führen. Ich will keine rechtskonservative Leitkultur, die von Papst Benedikt über Bundespräsident Köhler bis zu Frau Merkel reicht.

- **Wir verteidigen ein modernes großstädtisches Lebensgefühl**
- **Wir verteidigen Biolandwirtschaft gegen Genfood**
- **Wir verteidigen friedliche Konfliktlösung gegen Irak-Krieg**
- **Wir verteidigen Windräder gegen Atomkraftwerke**

- **Wir verteidigen Freiheit gegen Überwachung**

Auf den Oppositionsbänken wird es vermutlich ein ziemliches Gedrängel geben. Wir konkurrieren hier mit dem Linksbündnis, wie immer es auch heißen mag. Ich bin für eine harte inhaltliche Auseinandersetzung. Was ist an WASG und PDS links? Im Osten erlebe ich sie als spießige Kleinbürger. Das rot-rot regierte Berlin war das erste Bundesland, dass aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschert ist und die Kindergartenzeiten für Kinder von Langzeitarbeitslosen verkürzt hat.

Die PDS schürt Europaängste, Lafontaine redet von „Fremdarbeitern“ und hält Folter in Ausnahmefällen für erwägenswert. Ich bin dafür, dass wir die gesammelten Bild-Kolumnen von Lafontaine herausgeben.

Mit der Oppositionsrolle in Berlin habe ich nicht soviel Probleme. In der Innenpolitik hatten wir real keine Chance eine gemeinsame rot-grüne Politik zu entwickeln. Innenminister Otto Schily hat sich schlicht geweigert, mit den Grünen Politik zu machen.

Er hatte hier die volle Rückendeckung des Bundeskanzlers und auch das musste ich zur Kenntnis nehmen, unsere Kabinettsmitglieder waren nicht bereit, Konflikte mit Otto Schily auszutragen. Wir waren hier als Fraktion weitestgehend auf uns allein gestellt.

Trotz dieser widrigen Rahmenbedingungen ziehe ich eine positive Bilanz.

Datenschutz hat mit Peter Schaar Gewicht und Stimme bekommen. Rot-grün hat auf Bundesebene den Datenschutz gestärkt. Im schwarz-gelben Niedersachsen tritt der Datenschutzbeauftragte resigniert zurück.

Das Informationsfreiheitsgesetz ist durch den Bundestag gebracht. Zu Fall gebracht wird es jetzt im Bundesrat vermutlich auch von den FDP-mitregierten Bundesländern.

Wir haben neue Themen aufgegriffen. Es war die grüne Bundestagsfraktion, die vor allen anderen Fraktionen öffentliche Anhörungen zu den Themen Frauenhandel, Zwangsehen und Ehrenmorden durchgeführt hat.

Wir haben Frauen- und Kinderrechte gestärkt, mit dem Gewaltschutzgesetz und einem verbesserten Opferschutz bei Sexualstraftaten und Menschenhandel.

Wir haben ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen geschaffen und die Anerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung als Asylgrund durchgesetzt.

Immer wieder ist es gelungen, aus dem Haushalt des Bundesinnenministeriums Modellprojekte zu fördern. Dazu gehört neben den bekannten Projekten für Demokratie und Toleranz auch die Stärkung

des bürgerschaftlichen Engagements bei erwachsenen Migranten und die Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland.

Gegen alle Diffamierungen aus der Union haben wir die Initiativen gegen Rechte Gewalt weiter finanziert. In Berlin wurde am 8. Mai die NPD gestoppt, in Braunschweig machte die Polizei mit Wasserwerfern den Weg frei für die Nazis.

Viele Dinge habe ich in Berlin angefangen und nicht zu Ende gebracht.

Liegen geblieben ist die Modernisierung des Datenschutzes. Hier geht es insbesondere um Datensicherheit und neue technische Verfahren, die Stichworte sind Gesundheitskarte und Biometrie-Pass.

Verschoben wurden die Föderalismusreform und die Reform des öffentlichen Dienstrechts.

Gerade angefangen hatten wir mit der Stärkung der Rechte von Bundestag und Bundesrat in europäischen Verfahren.

Die Kontakte zu den Bürgerrechtsbewegungen in den osteuropäischen Staaten will ich vertiefen. Hier sind wir deutschen Grünen Hoffnung und Vorbild. Von der Entschädigung der Naziopfer über Aufarbeitung der SED-Vergangenheit und Kontrolle der Geheimdienste oder der Gleichstellung von Homosexuellen und der Integration ethnischer Minderheiten sind wir hier unverzichtbarer Berater.

Wenn in Warschau zum ersten Mal Schwule und Lesben auf die Straße gehen, dann hat dies auch etwas mit grüner Bürgerrechtspolitik in Deutschland zu tun.

Mein großes Ziel ist die Durchsetzung der EU-Bürgerrechts-Charta und ein europaweites Referendum zur EU-Verfassung.

Gemeinsam mit der amerikanischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch haben wir eine bundesweite Veranstaltungsreihe durchgeführt. Wir arbeiten an einem globalen Sicherheitsbegriff, der in einem alternativen Kongress diskutiert und weiterentwickelt werden soll. Sicherheit erreichen wir in Europa nur durch globale Gerechtigkeit.

Wir arbeiten mit einem erweiterten Bürgerrechtsbegriff, der an der Selbstbestimmung des Einzelnen ansetzt und der die individuelle Freiheit und Verantwortung stärkt. Bürgerrechte sind Kinderrechte, Frauenrechte, Minderheitenrechte, soziale Rechte. Bürgerrechtspolitik ist das Fundament einer starken Zivilgesellschaft.

Nach drei Jahren im Bundestag war ich gerade so richtig in Schwung. Die Ideen sind ausgereift, die Kontakte sind vielfältig und so allmählich verschaffe ich mir Gehör in den bundesweiten Medien.

Ich möchte die grüne Bürgerrechtspolitik in Berlin weiter gestalten und bitte um Eure Stimme und Unterstützung.